

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

166 (26.11.1948)

er 1948
astung
h
ie aus dem
essenzes fol-
der Aus-
schaffung
bekannt
aller an-
vorschlag
größerer
um rund
D-Mark
verhältnis
idverhält-
niss.
riferen
gang der
D-Mark
bewegungen
soweit als
en. (AP)
Heldent-
ante zum
en sechs
Lieder
n. Der
niger Ma-
nen Was-
en Werte
a die Ju-
versetzt
Dena-
(Hue)
Rhodis-
t, deren
zur Hän-
e w in n
L 23), so
91 (3,02)
3,23) mit
mit 0,26
ter etwa
die etwa
der Bürger
an Roh-
erungs-
Schrift.
Dena-
Deutche
Presse-
sociated
ditionen
rückseh-
de wird
t, von
uzusch.
NN.
BNN.
ge. ge-
90 BNN
D oder
Stell. v.
esucht.
NS.
ch.
gt. H.
Z. W.
BNN.
99.
H. H.
Küche,
D. M.
West.
NN.
L. Bad
Wohn.
L. Bad
tstadt.
99. 99
Mans.
Woh-
tstadt.
nonne.
Nabe
Bad.
mg.
i. m.
geg.
99. 99
f. m.
2-2.
NN
Wob-
99.
uhe.
Z.
99.
NN

NEUESTE NACHRICHTEN

Wichtigkeit der Ruhr für Europa und Deutschland Marshall: Lösung des Sicherheitsproblems Europas hinsichtlich der Ruhr muß bis Friedensschluß warten



Frauen als Diplomaten in Berlin und Paris
Mrs. Evtatt, Frau des Präsidenten der UN-Vollversammlung im Gespräch mit Mr. Mc Nell — Die Oberbürgermeisterin Berlins, Frau Schröder, beim Abflug nach der Erholungspause.

Washington, 25. November. (AP) Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte am Mittwoch auf einer Pressekonferenz zum Thema der Ruhrverwaltung u. a.: „Ich glaube, jedermann wird die Wichtigkeit des großen Industriegebiets der Ruhr für die wirtschaftliche Erholung Europas und Deutschlands selbst anerkennen. Ebenso glaube ich, daß die Bevölkerung Amerikas die Berechtigung der französischen Regierung, wie ich die von der französischen Regierung anerkennend, es könnte dort ein Kriegspotential aufgebaut werden, das erneut eine Gefahr für den Frieden und die Freiheit bilden würde.“

Paris, 25. November. (AP) Frankreich verlangt das Recht auf Beteiligung an der Kontrolle der Ruhrindustrie als Preis für die Teilnahme an der Zusammenkunft seiner Besatzungszonen mit der Bizone, soll Außenminister Robert Schuman am Mittwoch im außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung erklärt haben. Wie Delegierte des Ausschusses mitteilen, habe Schuman geäußert, er rechne am nächsten Dienstag mit dem Eingang der Antworten Englands und der USA auf den französischen Protest gegen die kürzliche anglo-amerikanische Entscheidung über die Besitzrechte in der Ruhrindustrie.

Daher war es im Interesse Europas dringend notwendig, die Industrie der Ruhr nach einem Schema neu zu organisieren, das den Bestand verantwortlicher Unternehmen unter mindestens persönlich in Erscheinung tretenden oder verantwortlichen Eigentümern gestalten würde. Dies ist der eigentliche Zweck des Treuhänderschaftsplanes, der von den Militärregierungen veröffentlicht wurde.

Ich sagte Schuman, die USA-Regierung begrüße jetzt eine französische Beteiligung an den Kontrollorganen, die für die Überwachung der Kohlen- und Stahlproduktion gebildet werden, ohne endgültige Vereinbarungen über den Zonen-zusammenschluß abzuwarten. Der Hauptgesichtspunkt aber ist, daß die endgültige Lösung des Sicherheitsproblems in Europa im Verhältnis zur Zukunft des Ruhrgebiets bis zur Festlegung der Bedingungen eines Friedensvertrages warten muß, der in dieser Sache die abschließende Entscheidung treffen wird.

Beamtengesetz und STEG vor dem württ.-badischen Landtag

Von unserer Stuttgarter Redaktion

Stuttgart, 25. Nov. Die 97. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags am 25. 11. leitete Präsident Keil mit einer Erklärung zu dem Demotage ein. Die Bevölkerung sei stark über den kürzlich befohlenen Abrüstungsplan deutscher Fabriken beunruhigt. Maßnahmen dieser Art machten es Deutschland unmöglich, seinen ihm im Marshallplan zugewiesenen Platz zu behaupten und die wirtschaftliche Unabhängigkeit wieder zu gewinnen. Wirtschaftsminister Dr. Veit erklärte sich einverstanden, in der Freitagsitzung zu dem Demotage Stellung zu nehmen.

Abg. Keßler (DVP) betrachtete den Antrag der DVP, wonach leitende Beamte und Angestellte der Landeszentralbehörden, denen nach der Behördengestaltung Entscheidungs- und Zeichnungsrecht zusteht, nicht Mitglied des Landtags sein können, als nicht im Widerspruch zum Antrag des ständigen Ausschusses stehend, denn in der Verfassung werde auch Trennung der Gewalten gefordert.

Der ständige Ausschuss sei einseitig der Auffassung, daß es nicht möglich sei, vom Beginn des Jahres 1949 ab die vom Volk gewählten Vertreter, die Beamte sind, von der Tätigkeit als Abgeordnete auszuschließen, andererseits werde man den zentralen Entscheidungen, die in absehbarer Zeit aus Bonn zu erwarten seien, nicht entgegen zu stehen. Die Verhandlungen über einen südwestdeutschen Staat nicht stören. Ein Antrag der DVP, der Beamte und Angestellte mit Entscheidungs- und Zeichnungsrecht von der Tätigkeit im Landtag auszuschließen soll, wurde abgelehnt.

Preis von 12,50 D-Mark verkauft werden sollte, jetzt 22,80 D-Mark, eine Arbeitslosenzahlung 7,90 D-Mark statt der vorgeschlagenen 4,75 D-Mark und eine Arbeitslosenzahlung 7,90 statt der vorgeschlagenen 4,75 D-Mark.

„Bewußte“ Hortung von STEG-Waren

Frankfurt, 25. Nov. (Dena) Der Gewerkschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes veröffentlichte am Mittwoch eine Erklärung zum STEG-Programm, wonach der STEG und der Verwaltung für Wirtschaft der Vorwurf gemacht wird, daß die STEG-Waren vor der Währungsreform bewußt gehortet und diese später zu einem unverhältnismäßig hohen Preis verkauft hätten.

Keine Inflation

Oberdirektor Dr. Hermann Pänder versicherte am Mittwoch in der Sendung „Westdeutsches Tagebuch“ des Nordwestdeutschen Rundfunks, bei Fortsetzung der jetzigen Frankfurter Politik, sondern eine „keinen Umständen“ eine Inflation oder eine zweite Währungsreform zu befürchten.

Im Telegrammstil

New York, 25. Nov. Der am 19. November ausgebrochene Hafenarbeiterstreik an der amerikanischen Ostküste ist beigelegt worden. (Dena-Reuter)

Sears Roebuck in Frankfurt

Frankfurt a. M., 25. Nov. In Frankfurt ist die Musteraktion des amerikanischen Versandhaus Sears Roebuck & Co. eingetroffen. Sie ist in zwei Räumen des Gebäudes des Wirtschaftsrates aufgebaut und steht Interessenten zur Besichtigung offen. Ein Vertreter des Versandhauses betonte jedoch, daß die Verkaufsstellen noch keineswegs vor dem Abschluß ständen.

Ablehnung des Verhältniswahlrechts

Ex-Reichskanzler Luther befürwortet das Mehrheitswahlrecht

München, 25. Nov. (Dena) Der ehemalige deutsche Reichskanzler Dr. Hans Luther setzte sich am Donnerstag in dem ersten seit Kriegsende von ihm gewährten Interview für die Einführung des Verhältniswahlrechts ein und nahm gleichzeitig auf den Vorschlag, das Verhältniswahlrecht gegen das Verhältniswahlrecht zu stellen.

1 Revision - 8 Todesurteile

Rastatt, 25. Nov. (Dena) In der Revisionsverhandlung des Röding-Verfahrens beantragte am Mittwoch laut Südens der Staatsanwalt gegen Hermann Röding lebenslängliches Zuchthaus, Vermögenszugabe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, gegen Ernst Röding 20 Jahre Gefängnis und Vermögenszugabe, gegen Gemmingen 15 Jahre Gefängnis mit Zwangsarbeit und Vermögenszugabe und gegen die Mitangeklagten Maier und Rodenhauer Gefängnisstrafen von fünf und zehn Jahren. Hermann Röding war am 30. Juni dieses Jahres zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Angeklagten von Gemmingen und Rodenhauer hatten je drei Jahre Gefängnis erhalten, während Ernst Röding und Maier freigesprochen worden waren.

Arbeit in Stichworten

Politischer Ausschuss: Australien schlug die Bildung eines 5 Mann-Versöhnungsausschusses vor, der die Juden und Araber bei Verhandlungen über eine dauerhafte Regelung ihrer Meinungsverschiedenheiten und Grenzfragen unterstützen soll.

Kurz beleuchtet

Mit der ihm eigenen Klarheit hat Marshall zum Ruhrproblem gesprochen. Die Präzision seiner Erklärungen vermittelt erneut das Bild eines Mannes, der um die Stärke seiner ideellen und materiellen Argumente zum Aufbau und Schutz der freien Welt von morgen weiß.

General Mc Arthur lehnte ab

Bei der Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Hideo Tojo und der sechs anderen vom internationalen Militärtribunal in Tokio zum Tode verurteilten Japaner werden, wie in Tokio Donnerstag laut Reuter bekannt wurde, keine Japaner zugegen sein. Der Urteilsvollstreckung werden lediglich fünf Amerikaner, unter ihnen der Oberbefehlshaber der achten US-Armee, der Kommandant des Sugamo-Gefängnisses und ein Arzt, beiwohnen. Die japanische Presse, die laut AFP über die Ablehnung der General Mc Arthur antäuschlich, enthält sich im allgemeinen jeder Stellungnahme zu dieser Frage.

UN-Arbeit in Stichworten

Haushaltsausschuss: Der Ausschuss billigte die Gründung einer internationalen Arbeitszentrale der UNO für Verwaltungszwecke. Jüngere Staatsbeamte der Mitgliedstaaten sollen diese Schule besuchen können.

UN-Sondersitzung

Im Monat Februar nächsten Jahres ist eine Sondersitzung der Vollversammlung vorgesehen. Sie soll in New York stattfinden, da die Fülle der noch unerledigten Arbeit bis zum 11. Dezember, dem letzten Termin zur Vertagung, nicht bewältigt werden können.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UN-Sondersitzung

Im Monat Februar nächsten Jahres ist eine Sondersitzung der Vollversammlung vorgesehen. Sie soll in New York stattfinden, da die Fülle der noch unerledigten Arbeit bis zum 11. Dezember, dem letzten Termin zur Vertagung, nicht bewältigt werden können.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

UNESCO

Die Tschechoslowakei und Polen werden auf der Konferenz in Beirut nicht vertreten sein.

er 1948
astung
h
ie aus dem
essenzes fol-
der Aus-
schaffung
bekannt
aller an-
vorschlag
größerer
um rund
D-Mark
verhältnis
idverhält-
niss.
riferen
gang der
D-Mark
bewegungen
soweit als
en. (AP)
Heldent-
ante zum
en sechs
Lieder
n. Der
niger Ma-
nen Was-
en Werte
a die Ju-
versetzt
Dena-
(Hue)
Rhodis-
t, deren
zur Hän-
e w in n
L 23), so
91 (3,02)
3,23) mit
mit 0,26
ter etwa
die etwa
der Bürger
an Roh-
erungs-
Schrift.
Dena-
Deutche
Presse-
sociated
ditionen
rückseh-
de wird
t, von
uzusch.
NN.
BNN.
ge. ge-
90 BNN
D oder
Stell. v.
esucht.
NS.
ch.
gt. H.
Z. W.
BNN.
99.
H. H.
Küche,
D. M.
West.
NN.
L. Bad
Wohn.
L. Bad
tstadt.
99. 99
Mans.
Woh-
tstadt.
nonne.
Nabe
Bad.
mg.
i. m.
geg.
99. 99
f. m.
2-2.
NN
Wob-
99.
uhe.
Z.
99.
NN

3. Jahrgang Nr. 166 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Freitag, 26. 11. 48

Warnung an Deutschland

Die New York Times, die größte Zeitung der Vereinigten Staaten, schreibt in einem Leitartikel, der überschrieben ist „Warnung an Deutschland“ unter anderem folgendes: Wenn es ein Land in der Welt gibt, das aus den Ereignissen nach dem ersten Weltkrieg Folgerungen ziehen sollte, so sei es Deutschland. Diese Ereignisse hätten auch eine Ursache in der deutschen inneren Organisation, die einem Irrsinnigen die Möglichkeit gegeben habe, sich einer Nation zu bemächtigen und die ganze Welt mit Überlegung und bösartiger Voraussicht in den Krieg zu stürzen. Die Weimarer Verfassung brachte das Listenwahlgesetz zur Geltung, welches eine Scheidung zwischen Wahlwerber und seinem Wähler schafft und nicht nur die Partei zur höchsten Instanz gemacht, sondern Parteinteressen über Landesinteressen gestellt habe. Das habe zwar dem Ehrgeiz berufsmäßiger Politiker gedient, die Wählerschaft aber in mehr als 20 Parteien atomisiert, das Parlament in eine Sackgasse gedrängt, die Koalitionsregierungen lahmgelegt und das Volk so mit Ekel erfüllt, daß es die Demokratie über Bord geworfen und einem Diktator ermöglicht habe, sich in den Sattel zu setzen. Trotz alledem und trotz des erneuten Durchbruchs dieser Übel in Frankreich seien die Deutschen nicht allein zu diesem System zurückgekehrt, sondern seien im Begriff, es in ihre neue Verfassung einzubauen, die jetzt in Bonn ausgearbeitet werde. In europäischen Ländern habe die Verhältniswahl im Sinne demokratischer Wahllegung gewirkt, indem sie die Länder durch grundsätzliche Differenzen aufgespalte habe, ohne die Völker an wechselseitige Ausgleich und an das demokratische Prinzip des Gebens und Nehmens zu gewöhnen. Niemand sei sich hierüber klarer als die Kommunisten, die, wo sie nicht das Heft in der Hand haben, darauf hinarbeiten, nicht allein die politischen Parteien, sondern auch andere „demokratische“ — sprich kommunistische Volkfront — Organisationen durch die Verhältniswahl zu repräsentieren, bis sie soweit sind, alle Parteien mit Ausnahme der eigenen zu unterdrücken und einen Einpartei-Staat aufrichten zu können.

Die „New York Times“ fährt in ihrem Artikel fort: Aus diesem Grund habe im Einklang mit dem, was General de Gaulle in Frankreich predigt, der frühere deutsche Reichskanzler und Botschafter in Washington, Dr. Hans Luthar, sich beim Parlamentarischen Rat in Bonn dafür eingesetzt, man möge dieses unheilvolle System fallen lassen und das einfache Mehrheitswahlrecht der Vereinigten Staaten annehmen, das seit 120 Jahren eine stabile Regierung gewährleistet hat. Parlamentarismus und Verhältniswahl, so hat Luther den Delegierten gesagt, schließen sich gegenseitig aus, und Demokratie ist überall dem Untergang geweiht, wo die Verhältniswahl herrscht. Der Artikel der New York Times schließt mit folgendem Satz: „Die Delegierten in Bonn jedoch haben sich nicht überzeugen lassen und scheinen, es sei denn, daß sie durch Einfluß von außen von ihrem Wege abgebracht werden, entschlossen, sich diesem System zu begeben, der größtenteils für den Untergang ihrer Republik verantwortlich ist.“ (Dena)

Nur verlorene Schlacht? Die Vereinigten Staaten haben in China eine Schlacht verloren, die man nicht bezweifeln wird. Vielmehr muß gefragt werden, ob in China nicht mehr verloren wurde als eine Schlacht. Die Siege der kommunistischen Armee, die jetzt zum Herzen Chinas, dem Yangtse-Tal, vorstoßen, sind nicht nur Erfolge der besseren Kriegführung der kommunistischen Armee, sondern auch der besseren Ausrüstung ihrer Truppen. Wie man sich überhaupt hüten muß, den ganzen Komplex China mit Schwarz-Weiß-Material darzustellen, der Versuch, eine Darstellung dieses Problems zu vereinfachen, muß es nur verwirren erscheinen lassen. Zwar stehen sich, im großen gesehen, die Kuo Mintang und die Kommunisten gegenüber, oder Tschiangkaikschek und Chou Enlai und Mao Tse-tung. Aber die kommunistischen Armeen rekrutieren sich aus den Bauern des Innern und Äußeren Mongolei, den Soldaten nordchinesischer Provinzgenerale, Studenten, Unzufriedenen und Verarmten.

Ihre Forderungen sind: Beteiligung an der Regierung, Anerkennung einer Sonderstellung auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet in Nordchina, Verbot der Parteigruppen des alten feudalen

China — der Großgrundbesitzer, Beamten, Bankiers und Militärs. Gewiß werden diese Truppen von Leuten geführt, die ihre Ausbildung in Moskau erfahren haben. Gewiß sind sie mit russischem Material ausgerüstet. Aber der chinesische Agrarkommunismus beruht auf anderen Voraussetzungen und hat andere Ziele als das russische System der Kolchosen und Sowchosen.

Außenminister Marshalls Versuch, zwischen Kuo Mintang und Kommunisten einen Kompromiß herbeizuführen scheiterte an der Starrköpfigkeit beider Parteien. Der Krieg ging weiter, Mandchurien und Nordchina sind in den Händen der Kommunisten, und man fragt sich, ob und wie der Verlust ganz Chinas abgewendet oder ausgeglichen werden kann. Eine Unterstützung Tschiang Kailscheks durch Material und Waffen würde Unsummen — man spricht von 10 Milliarden Dollar — verschlingen. Sehr wahrscheinlich ist es aber bereits zu spät für eine Hilfe dieser Art. Die Ablenkung der amerikanischen Aufmerksamkeit durch „Erregung öffentlichen Argersisses“ um Berlin scheint geglückt.

Da es in China — und natürlich auch in Europa — nicht nur um Strategie, sondern um Absetzmärkte geht, wird man in Amerika nach anderen Lösungen suchen. Vielleicht wird man wieder auf das System der Auslandskonzessionen zurückgreifen, also von Brückenköpfen, die Stützpunkte und Handelskontore zugleich sein können.

Jedenfalls aber kann man annehmen, daß auf eine Art wirtschaftlichen Waffenstillstandes hingearbeitet wird, der im Interesse beider, Rußlands wie Amerikas, liegen muß. Sinn und Dauer bekäme dieser Waffenstillstand freilich nur bei einer weltumfassenden Abgrenzung der Interessensphären, bei der beide Parteien Konzessionen machen müßten. Diese würde für Deutschland allerdings eine längere Teilung mit sich bringen. H. B.

Trüber November in Niedersachsen (Von unserem niedersächsischen Korrespondenten) Obwohl Parteien und Verbände wie anderswo, so auch in Niedersachsen in Versammlungen, Kundgebungen und Reden der Novemberstürme der Vergangenheit gedachten, je nach dem Standpunkt zu den Problemen der Gegenwart und Zukunft, ist heute von solchen unwirkenden Bewegungen in diesem neuen Lande der britischen Zone nichts zu spüren.

Von Hjalmar Schachts Niederlassung im Norden des Landes nach der Hannoveraner kaum Notiz und es beruhte ihn auch nicht, daß alle beteiligten Instanzen in der Erwartung, Hitlers Reichsbankpräsidenten erneut zu verhaften, nach dem Motto reagierten: „Hannemann, geh du voran.“ Es fand sich kein couragierter Hannemann, sondern nur eine Art von „Junge Garde“, der es anscheinend nicht schwer fiel, einige Besucher einer Wahlerversammlung in Winsen a. d. Luhe zu hindern, ihren erneut belasteten „Führer“ in einer Schubkarre an die Ortsgrenze oder ins Spritzenhaus zu expedieren. Die kleinen Hannemann von Winsen zogen unrichtiger Sache von dannen.

Trübe Novemberstimmung erscheint auch als passender Ausdruck in bezug auf den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes für die am 28. ds. Ms. stattfindenden Gemeinde- und Kreiswahlen. Die Argumente dieses Kampfes kommen nicht aus einer lebendigen Volksseele der Niedersachsen ihrer Kommunal- und Landespolitik wegen, sondern werden im wesentlichen der größeren Politik entnommen. Der Frankfurter Wirtschaftsrat, die Preise, die Löhne, die Wirtschaftswirtschaft, die Berliner Frage, der Marshallplan müssen die Argumente liefern und diejenigen werden wohl recht behalten, die auf keine wesentliche Verheißung tippen.

Auch die berühmte „Oldenburger Frage“ hat kein Stimmengewinn gebracht. 2 Jahre besteht Niedersachsen nun und die einverleibten Oldenburger fühlen sich zu einem großen Teil immer noch unbehaglich. Ob zu recht oder unrecht, sei hier nicht entschieden. Jedenfalls haben diejenigen, welche voll Nervosität aus einer „Verblüffung“ die „Gefahr eines größeren Widerstandskreises“ herleiteten, kein Recht bekommen. Auch die Oldenburger einfachen keinen Novembersturm.

Dringlicher ist die Entscheidung über den neuen Kultusminister, nachdem Minister Grimme, von vielen als die stärkste Persönlichkeit des Kabinetts bezeichnet, nur seine neue Stellung im N.W.D.R. bezogen hat. Der als Nachfolger

ständige Zeitendenz, eine Vorliebe, die auf Klarheit, Durchsichtigkeit, auf soziale Gegenseitigkeit, Proportionierung der privaten Rechte und öffentlichen Pflichten, Einklang von Natur und Geist, Leib und Seele, Sinnlichkeit und Transzendenz hinzieht. Wir sehen Material und Konstruktion im reinen Einverständnis, horizontale Schwere erleichtert oder aufgehoben durch vertikale Strebung, baulich gewaltige Volumen durch differenziertes Fensterwerk und ingenieus Gliederung der Innere und Annexe grazil gemildert, die Innenräume leicht und schwebend gemacht durch klare, von Licht gleichmäßig gekühlte Wände, denen unproffilierte Türen und Fenster gefügige Elemente sind.

Sie ist höflich, diese Architektur, und mehr als das: sie spiegelt die menschliche Haltung zum Menschlichen, ja zu allem Geschöpflichen wider. Sie ist human, sie ist urban, sie ist, dank einer langen Denkatradition, anonym christlich. So umgibt sie sorgsam, die im Gelände bereits vorhandenen Bäume, schmiegelt sich mit feiner Gebärde um sie herum oder bleibt dezent vor ihnen stehen. Ihr vieles Weiß und helles Grau und der Glanz ihrer gläsernen Flächen leuchtet beglückend durch den Schleier des begründeten oder dunkelkalten Geists. Das flache Dach, ästhetisch ein Reiz und hygienisch ein Gewinn, entsteht es doch aus der verhältnismäßig ungebundenen Konstruktion des Hauskessels meist wie von selbst.

Der Siedlungsbau, zimal auf dem Lande, ist, gegen das Werk der Großstadt gesehen, noch voller Frage-

Opposition im bayerischen Parlament

Die innenpolitische Lage in Bayern beginnt sich von Woche zu Woche zuspitzen. Bei einer Betrachtung der Entwicklung ist man gehalten, das offizielle Kräfteverhältnis in Bayern scharf von den eigentlich bestehenden Kräftegruppierungen zu trennen. Wenn es auf Grund dieser Entwicklung noch nicht zu größeren politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen kam, so ist dies vielfach der allgemein anerkannten Persönlichkeit des jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard zuzuschreiben.

Die CSU als Regierungspartei versucht unter Aufbietung aller Kräfte, die von ihr vor zwei Jahren errungenen starken Positionen, wie sie sich vor allem in ihrer absoluten Landtagsmehrheit ausdrücken, zu verteidigen. Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß die offizielle Kräfteverteilung, wie sie zur Zeit in Regierung und Landtag zur Geltung kommt, nicht mehr den gegebenen Verhältnissen entspricht. Diese Wandlung der Kräfte hat einen mifgeangenen, der auch durch die Tatsache einer verantwortlichen Tätigkeit der CSU als alleinige Regierungspartei und dem damit verbundenen Verschleiß an politischer Zugkraft nicht zu begründen ist. Wesentlich trug zu dieser Entwicklung die starke Flügelbildung der CSU und die sich daraus entwickelnden Differenzen, die zu häufig auf das Gebiet der persönlichen Verunglimpfungen abglitten, bei. Eben diese Differenzen veränderten oft die mögliche volle Machtausübung der CSU eine sich politisch sehr hemmend zeigende Erscheinung. So stand die Tätigkeit der stärksten bayerischen Partei besonders nach ihrer alleinigen Regierungsübernahme im Zeichen einer inneren Schwäche und nur die ebenfalls nicht gerade besonders sichere und zielstrebende Politik der zweitstärksten bayerischen Partei, der SPD, verhinderte bisher größere Auswirkungen dieser Situation. Ein Teil der CSU, die sich bereits im Austritt aus der Regierung, da die übernommene Rolle der Opposition nicht die von der SPD in der Bevölkerung erwarteten Rückwirkungen zeigte und daher auch die Abgabe von realen Machtpositionen nicht rechtfertigen konnte, gab die Entwicklung dem wegen seiner pro-bayerischen Haltung und seines

Widerstandes gegen diesen Regierungsaustritt bei seiner Partei in Ungnade gefallen ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Höpner recht und führte ihn trotz verschiedener taktischer Fehler seinerseits, erneut Anhänger zu. Auch die SPD tatet, wenn auch aus anderen Gründen als die CSU, den einzuschlagenden Weg noch ab. Ein deutliches Zeichen hierfür ist der seit langem angekündigte aber sehr zögernd aufgenommene Versuch, die Auflösung des bayerischen Landtages zu erreichen. Daß sich die Verhältnisse in zunehmendem Maße verschärfen, ist nicht zuletzt der sehr deutlich werdenden Kritik im Lager der SPD gegenüber der eigenen Führung und dem Druck der wachsenden sozialen Spannungen zuzuschreiben, wobei letztere die Parteien zu klarer werdenden Stellungnahmen und damit zur Schaffung einer Kampfsituation zwingen. Zugunsten der bayerischen Parteien muß jedoch gesagt werden, daß gerade die bayerische Parteipolitik den konfessionellen und heimatsgebundenen staatlichen Traditionen der bayerischen Bevölkerung große Konzessionen machte, mehr wenn nicht Niedriglagen in Kauf genommen werden sollen.

Wenn zu Beginn dieses Jahres der Versuch einer Volksgesetzten Landtagsauflösung einzuleiten aus verständlichen Gründen mißlang, so ist die Lage heute wesentlich anders. Noch ist die Front aller Oppositionsparteien zur Erreichung dieses Zieles nicht geschlossen und es ist nicht auszuschließen, daß es kommt und von ihr benützt wird. Im Gegenteil wehrt sich die SPD, etwa mit der KPD oder der Bayernpartei gemeinsam die Landtagsauflösung einzuleiten und macht ihr Volksbegehren von der politischen und inneren Schwäche abhängig. Es bleibt jedoch durch die von der CSU formulierten und fast unüberwindlichen Bestimmungen des bayerischen Landeswahlgesetzes, das auch Volksbegehren und Volkenscheide einschließt, sehr zweifelhaft, ob die SPD die notwendigen Massen hinter sich bringen wird. Sollten sich jedoch in irgend einer Form Möglichkeiten zu einem gemeinsamen Vorgehen der Gesamtopposition finden — und dies scheint notwendig zu sein, falls die oppositionellen Kräfte nicht auf die Erreichung ihres Zieles verzichten wollen, so steht eine Landtagsauflösung in Bayern bei den zur Zeit gegebenen Verhältnissen außer Zweifel. Da hierbei nicht nur die Kommunisten wieder in den Landtag einzuziehen erwünscht, sondern auch als Schreckgespenst aller anderen Parteien eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Sitzen und noch mehr an Einfluß erringen würde, wäre nicht nur innenpolitisch eine Änderung der politischen Konstellation, sondern auch in außerbayerischen Kreisen eine veränderte Haltung in Richtung einer Versteifung des bayerischen Standpunktes zu erwarten. Allgemein werden in diesem Falle drei etwa gleich starke Parteien, nämlich CSU, SPD und Bayernpartei, die sich von einer neuerliche Koalitionsregierung verabschieden.

Die Aussichten auf Neuwahlen sind schon deshalb nicht gering, weil sich bisher SPD, KPD und Bayernpartei für eine Auflösung des Landtags aussprechen und auch die kleineren Parteien aus parteipolitischen Gründen sich kaum auf die Seite der CSU schalten werden können. Man hat noch hinzu, daß auch in Bayern sehr starke und bereits gut organisierte Pflichtlingsmassen in dieser Richtung arbeiten, so neigt sich das Schwerkgewicht der politischen Entwicklung absolut auf die Seite einer Bereinigung der Kräfteverteilung. Dabei ist es noch nicht einmal sicher, ob die sich in letzter Zeit unter dem Druck der Verhältnisse geschlossener zeigende CSU in dieser Frage einig bleibt, da ihre Geschlossenheit nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die politischen und persönlichen Gegensätze innerhalb der CSU nach wie vor bestehen. Die schon erwähnten steigenden sozialen Spannungen, wie sie sich u. a. auch in der immer heftiger werdenden Auseinandersetzung zwischen den bemerkbar machen. Könnten in der ganzen Frage ein überges tun.

Interessantes in Kürze Stiehlt in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit dem Problem der Sicherheit zu überleben, in der harte Straßensituation gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen stiftet. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot, die Säuglinge jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kindererwachen kam.

Stiehlt in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardspielendes Kind in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm geklaut zu. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtigen, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer der Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Es scheint — wie vor 1933 — das Geschick der Kommunisten und der SU zu sein, den Ast abzuzügn, auf dem sie sitzen

Das Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Baden hat Maßnahmen für die Erfassung von Getreide, Vieh und Oldfrüchten ergriffen, die im Sinne einer verantwortungsbewußten Ernährungspolitik vollat anerkannt werden müssen. Wenn man weiß, daß in Württemberg-Baden bis jetzt nur 11 Prozent des Gesamtalls von 18900 t an Brotgetreide zu Ablieferung vorhanden sind, so ist die Gesamteinfuhrmenge für die Westzonen nach dem Marshallplan mit 3,6 Millionen t für da laufende Wirtschaftsjahr festgelegt und nicht erhöht werden wird, so dürfte ohne weiteres klar sein, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Ablieferung besser in Gang zu bringen.

Genau so, wenn nicht noch schlimmer, sieht es mit der Fleischversorgung aus, die nur mit 10 Prozent des Bedarfs oder mit 18000 t jährlich, durch Einfuhr gedeckt ist. Auch diese Einfuhrquote liegt nach dem Marshallplan fest und wird nur erhöht, wenn die Westzonen weniger Getreide benötigen, oder mit anderen Worten die Landwirtschaft mehr abliefern. Auch die Fleischlieferung ist zu mindesten eine Preiskontrolle für lebenswichtige Bedarfsgegenstände mehr als gerechtfertigt erscheinen.

Man kann doch beispielsweise nicht weiter ruhig zusehen, daß nach dem neuen Schlachtviehpreisen der Bauer für ein Stück Großvieh pro kg Lebendgewicht 1,30 DM erhält, während der Tierhändler 1,20 DM zahlt. Das ist ein Unterschied von 4,6%, ja sogar mit 8,4% DM da ka bezogen wird. Das kann man nicht mehr liberalistische Wirtschaftsmethode nennen sondern wirtschaftlicher Unfug dem unbedingt gesteuert werden muß.

Bei der heutigen Lage unseres Volkes und bei der vorherrschenden Demoralisierung weiterer Kreise desselben, können und dürfen wir nicht erwarten, daß ohne staatliche Lenkung die Preisunterschiede sich angleichen und einspielen. Unter allen Umständen ist es notwendig, daß die Preis für die Bedarfsgegenstände der landwirtschaftlichen Bevölkerung so gestaltet werden, daß dieselben im Einklang stehen mit den Preisen ihrer Erzeugnisse. Soll unsere Landwirtschaft lebensfähig bleiben und auch weiterhin die Rückgrat unserer Ernährung bilden, dann ist es zwingende Pflicht der maßgebenden Stellen, dafür zu sorgen, daß die Preise für landwirtschaftliche Geräte und sonstige Bedarfsgegenstände wie auch landwirtschaftliche Erträge und erträgliche Höchstpreise dafür festgesetzt werden.

Nur wenn auf diese Art der Landwirtschaft ein Äquivalent geboten wird, dürfen die jetzt laufenden Maßnahmen des Landes und der Bundesregierung, die Württemberg-Baden von Fiolg gekrönt sein. Mit Aufreihen und Androhen von Strafen ist es hier nicht mehr getan, sondern die Landwirtschaft mit 3,6, das hinter diesen Betrag die Wirtschaft nicht mehr unbeschädigt stehen will, was zu tun, was gesücht dieser geschilderten Lage zwingend gesehen werden. Die moralische Pflicht der Landwirtschaft zur Ablieferung ihrer Erträge dürfte dann nicht nur vor Augen zu führen, sondern auch ein Kreislandwirt Kuhn, Langenbrücken

Das Landratsamt in Saarbrücken hat am 23. ds. Ms. die Beschlüsse der französischen Außenminister Robert Schuman zur Unterzeichnung eines saarländisch-französischen Kulturabkommens erwartet. Das Abkommen soll für die Dauer von 10 Jahren in Kraft treten und umfaßt 32 Artikel.

Die im Saarland bestehenden französischen Schulleinrichtungen sollen nach Kapitel drei des Abkommens erhalten bleiben und „je nach Bedarf erweitert werden“. Mit Artikel 21 verpflichtet sich die saarländische Regierung, in ihren Unterrichtsplänen aller Grade der französischen Sprache den Vorrang zu geben. Vom zweiten Schuljahr an soll Französisch Pflichtfach an allen Schulen werden.

Zu einem geplanten Kulturabkommen Saargebiet-Frankreich, sagt der SPD-Vorstand in Hannover, daß ein solches Abkommen nicht zur Schaffung enger Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland beitragen könnte.

Die saarländische Regierung, in ihren Unterrichtsplänen aller Grade der französischen Sprache den Vorrang zu geben. Vom zweiten Schuljahr an soll Französisch Pflichtfach an allen Schulen werden.

Zu einem geplanten Kulturabkommen Saargebiet-Frankreich, sagt der SPD-Vorstand in Hannover, daß ein solches Abkommen nicht zur Schaffung enger Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland beitragen könnte.

Interessantes in Kürze Stiehlt in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit dem Problem der Sicherheit zu überleben, in der harte Straßensituation gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen stiftet. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot, die Säuglinge jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kindererwachen kam.

Stiehlt in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardspielendes Kind in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm geklaut zu. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtigen, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer der Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Es scheint — wie vor 1933 — das Geschick der Kommunisten und der SU zu sein, den Ast abzuzügn, auf dem sie sitzen

Die geleitete Wirtschaft

Was wir aber mit Fug und Recht verlangen, ja sogar mit aller Deutlichkeit zu fordern, ist eine Anhebung der Preise auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs.

Nun wollen wir gewiß nicht dem hinter uns liegenden Zeitalter der lückeligen Bezugsperiode das Fort reden aber ebensowenig können wir die heutige Art der geleiteten Wirtschaft unsere Zustimmung geben.

Es ist sicher, daß die Währungsreform viel zviel Kcnsmgeld — 10,7 Milliarden — plötzlich unter die Bevölkerung gebracht hat und daß dadurch bei der oft bemängelten Gier nach Waren aller Art die Preise hochschnellen. Aber die Tatsache, daß der Warenvorrat und die Erzeugung von Waren noch lange nicht Schritt halten wird mit dem Bedarf, läßt zum mindesten eine Preiskontrolle für lebenswichtige Bedarfsgegenstände mehr als gerechtfertigt erscheinen.

Man kann doch beispielsweise nicht weiter ruhig zusehen, daß nach dem neuen Schlachtviehpreisen der Bauer für ein Stück Großvieh pro kg Lebendgewicht 1,30 DM erhält, während der Tierhändler 1,20 DM zahlt. Das ist ein Unterschied von 4,6%, ja sogar mit 8,4% DM da ka bezogen wird. Das kann man nicht mehr liberalistische Wirtschaftsmethode nennen sondern wirtschaftlicher Unfug dem unbedingt gesteuert werden muß.

Bei der heutigen Lage unseres Volkes und bei der vorherrschenden Demoralisierung weiterer Kreise desselben, können und dürfen wir nicht erwarten, daß ohne staatliche Lenkung die Preisunterschiede sich angleichen und einspielen. Unter allen Umständen ist es notwendig, daß die Preis für die Bedarfsgegenstände der landwirtschaftlichen Bevölkerung so gestaltet werden, daß dieselben im Einklang stehen mit den Preisen ihrer Erzeugnisse. Soll unsere Landwirtschaft lebensfähig bleiben und auch weiterhin die Rückgrat unserer Ernährung bilden, dann ist es zwingende Pflicht der maßgebenden Stellen, dafür zu sorgen, daß die Preise für landwirtschaftliche Geräte und sonstige Bedarfsgegenstände wie auch landwirtschaftliche Erträge und erträgliche Höchstpreise dafür festgesetzt werden.

Nur wenn auf diese Art der Landwirtschaft ein Äquivalent geboten wird, dürfen die jetzt laufenden Maßnahmen des Landes und der Bundesregierung, die Württemberg-Baden von Fiolg gekrönt sein. Mit Aufreihen und Androhen von Strafen ist es hier nicht mehr getan, sondern die Landwirtschaft mit 3,6, das hinter diesen Betrag die Wirtschaft nicht mehr unbeschädigt stehen will, was zu tun, was gesücht dieser geschilderten Lage zwingend gesehen werden. Die moralische Pflicht der Landwirtschaft zur Ablieferung ihrer Erträge dürfte dann nicht nur vor Augen zu führen, sondern auch ein Kreislandwirt Kuhn, Langenbrücken

Das Landratsamt in Saarbrücken hat am 23. ds. Ms. die Beschlüsse der französischen Außenminister Robert Schuman zur Unterzeichnung eines saarländisch-französischen Kulturabkommens erwartet. Das Abkommen soll für die Dauer von 10 Jahren in Kraft treten und umfaßt 32 Artikel.

Die im Saarland bestehenden französischen Schulleinrichtungen sollen nach Kapitel drei des Abkommens erhalten bleiben und „je nach Bedarf erweitert werden“. Mit Artikel 21 verpflichtet sich die saarländische Regierung, in ihren Unterrichtsplänen aller Grade der französischen Sprache den Vorrang zu geben. Vom zweiten Schuljahr an soll Französisch Pflichtfach an allen Schulen werden.

Zu einem geplanten Kulturabkommen Saargebiet-Frankreich, sagt der SPD-Vorstand in Hannover, daß ein solches Abkommen nicht zur Schaffung enger Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland beitragen könnte.

Die saarländische Regierung, in ihren Unterrichtsplänen aller Grade der französischen Sprache den Vorrang zu geben. Vom zweiten Schuljahr an soll Französisch Pflichtfach an allen Schulen werden.

Zu einem geplanten Kulturabkommen Saargebiet-Frankreich, sagt der SPD-Vorstand in Hannover, daß ein solches Abkommen nicht zur Schaffung enger Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland beitragen könnte.

Interessantes in Kürze Stiehlt in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit dem Problem der Sicherheit zu überleben, in der harte Straßensituation gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen stiftet. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot, die Säuglinge jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kindererwachen kam.

Stiehlt in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardspielendes Kind in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm geklaut zu. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtigen, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer der Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Es scheint — wie vor 1933 — das Geschick der Kommunisten und der SU zu sein, den Ast abzuzügn, auf dem sie sitzen

Das freie Wort

Herr Max Günther, Wurm bei Pforzheim, schreibt: Offener Brief! An den Herrn Finanzminister von Nord-Württemberg und Nord-Baden. Gelehrter Herr Minister! Ich erlaube mir, mich einmal auf dem Wege an Sie zu wenden, um eine Sache vorzutragen, die unbedingt einer Revision bedarf. Wir Kriegsverwehrene erheben auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, wenn man 6% arbeitsunfähig war gleich aus welcher Ursache, eine invaliden oder Anstelltenrente. Auf Grund des KB-Leistungsgesetzes fällt diese Rente, wenn man aus welcher Ursache auch immer wird, weg, obwohl der Beschädigte nach dem Invalidengesetz ein Anrecht darauf hat. Man kann hier mit ruhigem Gewissen behaupten, daß die Rente rechtlos ist, wenn man diese Rente betrogen wird. Nun ist das KB-Leistungsgesetz am 1. 2. 1947 in Kraft getreten, aber die LVA, hat den Verwehrenden die Rente nicht zurückgezogen, sondern hat sie zurückverleihen lassen, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das Blend der Behörden nicht groß genug, wenn man für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die Rente und stürzt sie wesentlich in das größte Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern muß, sondern die Beschädigten sind leben freier, es ist daher ein Eingriff erforderlich, daß Herr Minister, eingreifen, um die Beschädigten von dem vollständigen Untergang zu bewahren. Hochachtungsvoll, Max Günther.

Was wir aber mit Fug und Recht verlangen, ja sogar mit aller Deutlichkeit zu fordern, ist eine Anhebung der Preise auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs.

Nun wollen wir gewiß nicht dem hinter uns liegenden Zeitalter der lückeligen Bezugsperiode das Fort reden aber ebensowenig können wir die heutige Art der geleiteten Wirtschaft unsere Zustimmung geben.

Es ist sicher, daß die Währungsreform viel zviel Kcnsmgeld — 10,7 Milliarden — plötzlich unter die Bevölkerung gebracht hat und daß dadurch bei der oft bemängelten Gier nach Waren aller Art die Preise hochschnellen. Aber die Tatsache, daß der Warenvorrat und die Erzeugung von Waren noch lange nicht Schritt halten wird mit dem Bedarf, läßt zum mindesten eine Preiskontrolle für lebenswichtige Bedarfsgegenstände mehr als gerechtfertigt erscheinen.

Man kann doch beispielsweise nicht weiter ruhig zusehen, daß nach dem neuen Schlachtviehpreisen der Bauer für ein Stück Großvieh pro kg Lebendgewicht 1,30 DM erhält, während der Tierhändler 1,20 DM zahlt. Das ist ein Unterschied von 4,6%, ja sogar mit 8,4% DM da ka bezogen wird. Das kann man nicht mehr liberalistische Wirtschaftsmethode nennen sondern wirtschaftlicher Unfug dem unbedingt gesteuert werden muß.

Bei der heutigen Lage unseres Volkes und bei der vorherrschenden Demoralisierung weiterer Kreise desselben, können und dürfen wir nicht erwarten, daß ohne staatliche Lenkung die Preisunterschiede sich angleichen und einspielen. Unter allen Umständen ist es notwendig, daß die Preis für die Bedarfsgegenstände der landwirtschaftlichen Bevölkerung so gestaltet werden, daß dieselben im Einklang stehen mit den Preisen ihrer Erzeugnisse. Soll unsere Landwirtschaft lebensfähig bleiben und auch weiterhin die Rückgrat unserer Ernährung bilden, dann ist es zwingende Pflicht der maßgebenden Stellen, dafür zu sorgen, daß die Preise für landwirtschaftliche Geräte und sonstige Bedarfsgegenstände wie auch landwirtschaftliche Erträge und erträgliche Höchstpreise dafür festgesetzt werden.

Nur wenn auf diese Art der Landwirtschaft ein Äquivalent geboten wird, dürfen die jetzt laufenden Maßnahmen des Landes und der Bundesregierung, die Württemberg-Baden von Fiolg gekrönt sein. Mit Aufreihen und Androhen von Strafen ist es hier nicht mehr getan, sondern die Landwirtschaft mit 3,6, das hinter diesen Betrag die Wirtschaft nicht mehr unbeschädigt stehen will, was zu tun, was gesücht dieser geschilderten Lage zwingend gesehen werden. Die moralische Pflicht der Landwirtschaft zur Ablieferung ihrer Erträge dürfte dann nicht nur vor Augen zu führen, sondern auch ein Kreislandwirt Kuhn, Langenbrücken

Das Landratsamt in Saarbrücken hat am 23. ds. Ms. die Beschlüsse der französischen Außenminister Robert Schuman zur Unterzeichnung eines saarländisch-französischen Kulturabkommens erwartet. Das Abkommen soll für die Dauer von 10 Jahren in Kraft treten und umfaßt 32 Artikel.

Die im Saarland bestehenden französischen Schulleinrichtungen sollen nach Kapitel drei des Abkommens erhalten bleiben und „je nach Bedarf erweitert werden“. Mit Artikel 21 verpflichtet sich die saarländische Regierung, in ihren Unterrichtsplänen aller Grade der französischen Sprache den Vorrang zu geben. Vom zweiten Schuljahr an soll Französisch Pflichtfach an allen Schulen werden.

Zu einem geplanten Kulturabkommen Saargebiet-Frankreich, sagt der SPD-Vorstand in Hannover, daß ein solches Abkommen nicht zur Schaffung enger Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland beitragen könnte.

Die saarländische Regierung, in ihren Unterrichtsplänen aller Grade der französischen Sprache den Vorrang zu geben. Vom zweiten Schuljahr an soll Französisch Pflichtfach an allen Schulen werden.

Zu einem geplanten Kulturabkommen Saargebiet-Frankreich, sagt der SPD-Vorstand in Hannover, daß ein solches Abkommen nicht zur Schaffung enger Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland beitragen könnte.

Interessantes in Kürze Stiehlt in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit dem Problem der Sicherheit zu überleben, in der harte Straßensituation gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen stiftet. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot, die Säuglinge jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kindererwachen kam.

Stiehlt in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardspielendes Kind in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm geklaut zu. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtigen, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer der Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Es scheint — wie vor 1933 — das Geschick der Kommunisten und der SU zu sein, den Ast abzuzügn, auf dem sie sitzen

Interessantes in Kürze Stiehlt in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit dem Problem der Sicherheit zu überleben, in der harte Straßensituation gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen stiftet. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot, die Säuglinge jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kindererwachen kam.

Stiehlt in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardspielendes Kind in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm geklaut zu. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtigen, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer der Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Schweizerische Architektur der Gegenwart

ausstellung im Badischen Kunstverein Gestern wurde in den Räumen des Badischen Kunstvereins durch Professor Egon Eiermann eine von der Schweiz zur Verfügung gestellte Wanderausstellung über zeitgenössische schweizerische Architektur eröffnet. Bei der Bedeutung, die gerade die Architektur in unserer Zeit des Wiederaufbaues hat, ist es höchst verständlich, daß der Rektor der Karlsruhe T.H. Prof. Dr. Paul Günther sich darum bemüht hat, die Ausstellung, die organisatorisch von der Abt. Architektur der T.H. betreut wird, nach Karlsruhe zu bringen.

Anlässlich der Ausstellung, die bis zum 3. Dezember täglich durchgehend von 9-16 Uhr geöffnet sein wird, bringen wir einige grundsätzliche Ausführungen zur modernen Schweizer Architektur aus der Feder von C. O. Jatho, Köln, in denen alle wesentlichen Merkmale der Ausstellungsstücke (in der Hauptsache Fotomaterial und Bücher) in ihrem künstlerischen und architektonischen Gehalt aufgezeigt sind und die darüber hinaus die gesamteuropäische Bedeutung des schweizerischen Bauens erhellen.

„Überdenkt der Deutsche die erste Hälfte seines Jahrhunderts, so wird ihm von den Bauten des Otto-Wagner-Schülers Josef Maria Olbrich und des jungen Peter Behrens auf der Darmstädter Mathildenhöhe (es war um die Jahrhundertwende) bis hin zu der vielverkannten Weißenhofsiedlung im Gelände von Stutt-

gart (es war gegen Ende des dritten Jahrzehnts) eine ununterbrochene Folge von Kämpfen um die neue Bauform offenbar. Zwei Haupttappen des Kampfes waren die Gründung des Kölner Werkbunds und die Kölner Werkbundausstellung vom Sommer 1914. Damals, auf der Kölner Werkbundfront ab, 1914, klärten sich die beiden Fronten ab, die um die Vormacht rangten. Auf der einen Seite waren es die Elektriker und modernistischen Materialisten, auf der anderen Seite die Eosterioristen, auf der nüchternen sittlichen Antriebe planenden Realisten. Diese beiden zeitbeherrschenden Lager stritten dann, nach dem ersten Krieg, in Deutschland mit wechselndem Erfolge bis zum Jahre 1933,

Reiselustige stürmten einen Zug

Eine kleine Sensation auf dem Karlsruher Hauptbahnhof

Auf dem Bahnsteig zwischen Gleisen und zehn herrschte am Donnerstagsvormittag ein lebhaftes Treiben. Dicht gedrängt standen Männer und Frauen, gepackt mit Koffern und Rucksäcken, in der sonnendurchfluteten kalten Luft unter dem Eisengitter der zerstörten Bahnhalle. Sie warteten auf einen gerade einfahrenden Zug. Wie die Wilden stürzten sie sich auf die Abteile, zwängten sich durch Türen und Fenster und klebten auf Trittbrettern und Dächern, an den Wagendeckeln. Die Türen des Schaffens, die Aufforderung, die Türen zu schließen, hallten über den Bahnsteig, als der Fahrdienstleiter das Zeichen zur Abfahrt gab und der Zug mit der aufgeregten Menschenmasse in die Halle wieder verließ. Es war ein Bild, wie es in der Reichsmarktzeit mit ihren Hamsterfahrten alltäglich geworden war.

Die Karlsruher, die hier auf Reisen gingen, waren vor allem Studenten, Theaterleute und Flüchtlinge. Aber es war nicht so ernst gemeint, wie es auf den ersten Blick aussah. Der Zug mit diesem Anlaß frisch hergerichteten Maschinen kehrte bald zurück, die reiselustigen Karlsruher stiegen wieder aus, und der gleiche Vorgang begann von neuem. Ein lebhafter, freundlicher Mann mit einem Wuschelkopf, der sich dem Pressevertreter als Regisseur Bolslew Barlog vorstellte, gab den „Fahrgästen“ immer wieder neue Anweisungen, während unmittelbar neben dem Treppenaufgang die Kameramänner Aufstellung genommen hatten.

Schluß der Debatte!

Der Haus- und Grundbesitzerverein der Gebäudeversicherungsanstalt wirft den Gebäudeversicherungsanstalt nicht nur eine Umgehung des Währungsgesetzes vor, sondern beanstandet insbesondere folgendes:

Während bislang ein Jahresbeitrag in 2 Raten bezahlt wurde, verlangt die Gebäudeversicherungsanstalt jetzt 2 Jahresbeiträge in 1 Rate. Nur bei Vorliegen besonderer Gründe im Einzelfall sind die Gemeindeverwaltungen ermächtigt, Zahlungen in 2 Raten zu bewilligen.

In dem württembergischen Landestell wurden jetzt nach einer Erhöhung 50 Deutsche Pfennig für 1000 DM Versicherungssumme erhoben. In Bayern ist der Versicherungsbeitrag auf 80 Deutsche Pfennig pro 1000 DM Versicherungssumme erhöht worden, was bereits viel Unruhe in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Die bayerische Brandversicherungskammer kann aber für sich geltend machen, daß sie durch die Ludwigshafener Brandkatastrophe 4 Millionen DM Verpflichtungen übernehmen mußte (3 222 Gebäude). Die Gebäudeversicherungsanstalt hat im Jahre 1943 für 1948 von 2 24 DM für 1000 DM Versicherungssumme, d. i. fast 4 1/2 mal soviel wie in Württemberg, und fast 3 mal soviel wie in Bayern.

Während die Gebäudeversicherungsanstalt in ihrer Veröffentlichung nur allgemein von Brandgeschädigten der Kriegs- und Nachkriegszeit redet, wissen wir, daß sich darunter Fälle befinden, die bis zur höchstmöglichen Zeit von zehn Jahren rückwirkend. Der Hinweis darauf, daß es im Krieg und besonders in der Nachkriegszeit an Bauhandwerkern und Baustoffen gemangelt hat, kann uns davon nicht überzeugen, daß bei intensiver Nachschau der Fälle ein solcher Rückstand nicht hätte einzu treten brauchen.

Nach unseren Informationen ist es leider nicht richtig, daß der erweiterte Verwaltungsrat gehört wurde, ein Stadtrat und Mitglied unseres Vorstandes, der dem erweiterten Verwaltungsrat angehört, hat uns erklärt, daß er weder zu dem Beschluß gehört noch eingeladen wurde. Wie er mittel, hätte er diesem Beschluß auch nicht zustimmen können.

Im Artikel vom 16. ds. Mts. wird angeführt, daß die Versicherungsumlage

Denn was sich hier zutrug, war die für Karlsruhe ungewohnte Aufnahme einer Filmszene. Die „Arbeitsgemeinschaft Film“ war aus Freiburg nach Karlsruhe gekommen, um hier den Titelvorspann für ihren zum großen Teil in Freiburg spielenden Film „Wohin die Züge fahren“, zu drehen. Das Drehbuch schrieb Walter Ulrich und die Hauptrollen spielen Heidemarie Hathever, die gegenwärtig in München wohnt, und — da steht er ja, in der schlichten Kleidung des Heimkehrers aus der Kriegsgefangenschaft mit den großen Buchstaben P W auf Rock und Hose, die Mütze verwegend auf dem Kopf, im Mundwinkel eine Zigarette, und neben sich das kleine Säckchen mit den Halsbügeln — Karl Raddatz. Auch Oskar Höcker, ein geborener Karlsruher, spielt in diesem Film mit, dem ersten der „Arbeitsgemeinschaft Film“, die vor einem Jahr von dem Freiburger Alexander Krafft ins Leben gerufen wurde.

Es ist nur eine bescheidene Szene, die in Karlsruhe gedreht wurde. Aber immerhin, man hat in Freiburg Karlsruhe nicht vergessen, und weil Karlsruhe einen schönen großen Bahnhof hat, ist man hierher gekommen. Die Trümmer freilich weisen nicht auf den Charakter des Filmes hin. Er wird kein Trümmerfilm werden, im Gegenteil, auf der Suche nach der Braut, auf der sich Karl Raddatz befindet, wird es gar lustig zugehen. Wir lassen uns gern überraschen, wenn in absehbarer Zeit nicht nur die Kameramänner, sondern auch der fertige Film nach Karlsruhe kommen werden.

restlos den versicherten Gebäudeeigentümern zugutekommt. Nach den vorliegenden Unterlagen kann der vor dem 21. Juni 1943 geschädigte Gebäudeeigentümer als „freiwillige Förderungsmaßnahme“ Förderdarlehen erhalten, die durch Hypothek oder Bürgschaft zu sichern sind. Die Rückzahlung kann von der Gebäudeversicherungsanstalt nach zwei Jahren verlangt werden. Der Geschädigte kann das Darlehen auch verlängert bekommen, wenn er Zinsen bezahlt. Das ist die freiwillige Aufbesserung für Altschäden, für die für 1948 DM 1,02 pro 1000 DM Versicherungssumme in der Versicherungsumlage von DM 2,24 enthalten sind.

Einem Gebäudeeigentümer (Schwerkriegerplatz), der am 10. Januar 1948 einen Brand in Karlsruhe hatte, wurde der Entschädigungsbetrag am 28. September 1948 auf 30 Reichsmark festgesetzt, alsdann auf 3 Deutsche Mark abgewertet. Dazu kommt der Teuerungszuschlag, so daß ihm die Kasse 9 Deutsche Mark überwie. Der tatsächliche Schaden betrug 300 Mark. Gleichzeitig erhielt er einen Forderungszettel über 93,60 DM Gebäudeversicherungsumlage.

Die Badische Gebäudeversicherungsanstalt will so rasch wie möglich eine große und flüssige Kapitalreserve schaffen, um ihre Währungsverluste auszugleichen. Dadurch wird das Vertrauen in eine staatliche Einrichtung auf das stärkste erschüttert werden. Die Gebäudeversicherungsanstalt muß eben ihren Verwaltungsaufwand der Art der des Volkes anpassen und auf ihre Vermögenswerte zurückgreifen. Wir erwarten daher eine Zurückziehung der Forderungszettel.

Außerdem verfahren wir uns gegen die Einschüchterungsmethode, die die Gebäudeversicherungsanstalt in einem Schreiben vom 5. Nov. 1948 anwendet, in dem sie den Karlsruher Hausbesitz von jeder freiwilligen Aufbesserung des Ersatzes für Altschäden ausnehmen will, solange wir unsere Absicht nicht aufgeben, der Gebäudeversicherungsanstalt verwaltungsgerichtlich entgegenzutreten.

KURZE STADTNOTIZEN

Clara Faßt

Mag sie die jüngere Generation vielleicht nicht mehr kennen haben, weil sie andere Wege geht, so wird doch die Tonkünstlerin Clara Faßt auch nach ihrem Abzug noch zumindest für Karlsruhe — dem sie seit ihres Lebens treu blieb — eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben. Clara Faßt, Pfarrschülerin, stürkte jedoch drückte sich in ihrem Wesen der romantische Einschlag der Mutter, einer Schweizerin, aus. Die Tochter war eine Frohnatur, die schönsten Sinne des Wortes, ein sensibler und dabei aufgeschlossener Geist, sehr gesellig, jugendlicher Überschwang gleichsam haftend. Clara Faßt war eine energische Frau und eine scharfe, nüchterne Kritikerin. Ihr kompositorisches und ihr dichterisches Schaffen war fruchtbar und anregend. Ihr Tongefühl, besonders ihre Lieder, zeugen von edler Formkraft, ihre Gedichte sind von einem herbarromantischen Zug umweht, in halbtönen kühn und gut deutsch national — nicht nationalistisch; denn das war sie niemals. Clara Faßt und ihr Werk fanden stets Freunde und bereite Hörer. Bei ihren regelmäßigen Hauskonzerten war es nicht allein Gepöhl, das sich ein bestimmter Kreis der Karlsruher Geisteswelt darunter der Kunstmalerin Böhle, sondern auch, daß der künstlerische Nachwuchs gehört und gebührend gefördert wurde. Als begabte Pianistin schiedlich hat sie jahrelang Privatunterricht gegeben und sich somit unvergleichliche Verdienste um das kulturelle Ansehen unserer Stadt erworben. Clara Faßt starb in ihren 20 Jahren von Herzen dankbar sein.

Die Treibstoffausgabe für Dezember 1943 erfolgt ab Monats, 29. 11. in der ehemaligen Grenadierkaserne, Moltkestr. 12, Zimmer 11. Karlsruher Markthalle, Kleinverkaufsstelle am 24. November 1943 in Pfennigen je 500 g.

„Eine neue Baukonstruktion“

Die Stadtverwaltung nimmt zu den Plänen von Dipl.-Ing. Mauritius Stellung

Schon nach dem ersten Weltkrieg wurden „neue Bauweisen“ massenhaft propagiert, die sich nachher nicht durchsetzen konnten. So sieht heute noch nördlich des Hardtwaldes die in jener Zeit von Dipl.-Ing. Mauritius angefangene Siedlung „Schaffergilde“ als völlig unbefriedigendes Ergebnis einer vielversprechenden Gründung. Wir stehen in den Bauaufzeichnungsplänen und undurchdringlichen Dickicht von neuen Bauweisen gegenüber. Unter diesen Umständen darf es nicht verwundern, wenn eine verantwortliche Stadtverwaltung nicht jedem Erfinder einer neuen Bauweise sofort bestes Baugelände für 200 Häuser anbietet.

Es ist klar, daß bei der maßlosen Überbewertung des Baues mit der bisherigen Baumethoden der unerschöpflichen Wohnungsmangel nicht nur unwirksam zu Leibe gerückt werden kann. Aber die neuen Bauweisen müssen erst erprobt werden. Und so wenig man für die Erprobung eines neuen Stoffes ein Stück aus einem guten Wintermantel heraus schneidet, ebenso wenig wird man für die Erprobung von massiven Wohnbauten beste Karlsruher Wohnlage verwenden und einen 50 m breiten und 1 km langen Streifen des Baues stark gekürzt, sondern diesen Hardtwaldes abholzen, wie es Dipl.-Ing. Mauritius vorschlägt, wenn er von der Stadtverwaltung Gelände entlang der Ostseite der Erbergerstraße (früher Hindenburgstraße) fordert. Gelände, das übrigens nicht mal der Stadt gehört, sondern der Baubau Domänenverwaltung. Der Hardtwald bedeutet für Karlsruhe einen unschätzbaren volkswirtschaftlichen Wert, und die planmäßige Anlage der Stadt, an den Wald angelehnt und nach Süden der Sonne zu geöffnet, die einmalige Südliche Bauweise, die im Stadtlagerzentrum aus in wenigen Minuten das Erholungsgebiet einer großen zusammenhängenden Waldfläche zu erreichen, eine Situation, die keine andere Großstadt Deutschlands aufzuweisen hat.

Dieser Wald wird nicht erhalten werden, wenn der an die Stadt anschließende

Verwaltungskalender der Parteien
 SPD: Kniegelenk, 25. 11., 20.00 Uhr, Rose, Mitglieder-Versammlung, Ref.: Klotz, Orth, Corderer, Jungsozialisten: Hauptversammlung, 29. 11., 20.00 Uhr, Ref.: Klotz, Orth, 19.30 Uhr, Vorstandssitzung, Rot-Haus, Betriebsgruppenversammlung der AAK am Freitag, 3. 12., 19.00 Uhr, Klosterstr. 8, CDU: 12. 12., 20.00 Uhr, im „Rohr“, öffentl. Versammlung.
 KPD: Revolutionsdenkfeier, 28. 11., 19.00 Uhr, „Eifenstein“, Musik, Rezitation, Ansprache Stadtrat F. Dittler, Punktionstravertin, 29. 11., 19.00 Uhr, im Speiseraum der Karlsruher Lebensversicherung, Ruppurr, 1. 12., 20.00 Uhr, im „Kaiser Friedrich“, Mitglieder-Versammlung, 12. 12., 20.00 Uhr, in der „Krone“, Mitglieder-Versammlung, Südwest, 2. 12., 20.00 Uhr, im „Karlsruher“, Mitglieder-Versammlung, Innen-Ort, 3. 12., 20.00 Uhr, im „Nudarium“, Mitglieder-Versammlung, Mühlburg, 3. 12., 20.00 Uhr, in der „Brunnenstube“, Mitglieder-Versammlung, Oststadt, 3. 12., 20.00 Uhr, im „Bürgerhof“, Mitglieder-Versammlung, Durlach, 4. 12., 9.00 Uhr, im „Tannhäuser“, Betriebsgruppenkonferenz, Ref.: L. Hofmann.

Spieskartoffeln 7-7, Blumenkohl 7, Rotkraut 7, Karbel-Wurzkraut 6-10, Spinat 10, Wirsing 12-15, Karotten Bund 15-18, Gelberüben 8-10, rote Rüben 9-15, weiße Rüben 8-10, Butterrüben 8-10, Kohlrabi Stück 6-10, Schwarzwurzeln 15-20, Lauch 15-20, Kopfsalat Stück 10-15, Endiviensalat Stück 10-15, Feldsalat 6-8, Sellerie 6-8, Rettiche Stück 6-8, Zwiebeln 20-25, Tomaten 6, Sauerkraut 25, Tafelapfel 30-70. Die erste Gesamtfahrt betrug 784 Ztr. Gemüse und 30 Ztr. Obst zusammen.

Pinzangmuseum Buslack Am kommenden Sonntag, 28. November 1943, ist das Pinzangmuseum in Durlach, in der Zeit von 10.30 bis 12.30 Uhr geöffnet. Die Museumsräume befinden sich im Prinzessinnenbau der Schlosskaserne.

Karlsruher Jugend-Festwoche Das Karlsruher Stadtjugendamt dankt nach Abschluß der Festwoche der Karlsruher Bevölkerung für die rege Anteilnahme. Besonderen Dank sei allen Geld- und Sachspendern, allen Mitwirkenden sowie jedem, der die Sache gefördert, ausgesprochen.

Karbel-Kultur-Matinee am Sonntag, 28. November, 10.30 Uhr, bringt unter dem Sammeltitle „Geheimnis der Tierschöpfung“ folgende Kulturfilme: Klein Susi; Von unten und Großkatzen; Lauch; Fischfang; Island; Schienensplinner und Kaisermantel; Hochzeit im Tierreich Uhu als Jagdgelilfe; Heimliche Gäste in Wald und Flur; Goldene Hochzeit. Die Eheleute Gottlieb H. u. E. Kerschling, Kirchbühlstr. 3, konnten am 24. November 1943 das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen. Landespräsident und Oberbürgermeister ließen dem Jubelpaar für die rege Anteilnahme, Besonderen Dank übermitteln. — Die Eheleute Friedrich und Luise Wildemann, Rudolfstr. 11, feiern am 25. 11. das Fest ihrer goldenen Hochzeit.

Diebesgut in der Beinprothese

Wieder ein Posträuber abgeurteilt

Zunächst sah es aus, als sei die Verhandlung der Strafkammer I gegen den Postschaffner H. und vier Mitangeklagte die einfachste Sache von der Welt. Schließlich hatte H. in der Voruntersuchung ja zugegeben, zwischen 1946 und 1948 in der Packkammer des Bahnpostamtes, wo ihm die Registrierung der eingehenden Pakete oblag, aus beschuldigtem amerikanischen Auslandischer, meist amerikanischen Herkunft sich Waren, vor allem Lebens- und Genussmittel, sowie Kleidungsstücke angeeignet zu haben. Und da auch seine Frau als Mitwisserin und Verwerterin der Sachen überführt war und Frau Marie R. als Hauptabnehmerin, durfte von der Hauptverhandlung eigentlich erwartet werden, daß sie sich über die wohlwollende Kürze aussprechen werde.

Aber auch diesmal trotz wieder der Schein. Sämtliche Beteiligten schwächen nämlich ihre bei früheren Vernehmungen abgegebenen Geständnisse jetzt erheblich ab. Die größten Abstriche machte H., der früher angegeben hatte, alle drei bis vier Tage einen Griff in ein Paket getan zu haben, jetzt aber behauptete, es sei höchstens alle 5 bis 10 Tage und oft mit langen Unterbrechungen der Fall gewesen. Immerhin beschrieb er die Ausführung der Diebstähle genau wie in seinen ersten Geständnissen: er hatte nämlich die Beutestücke in seiner hohen Beinprothese — er ist Kriegsversehrter — versteckt und so unauffällig nach Hause geschafft. Ubrigen entbehrte die Art, wie er seine Verfehlungen zugab oder bestritt, nicht einer gewissen Komik. Auch Marie R. eine versierte und berufstotale Schwarzhändlerin, brachte mit gutgepielter Entrüstung über die gegen sie ausgesagte Kriegesversehrten Farbe in die Verhandlung. Immerhin kam man mit solchen bürlesken Intermezzi nicht recht vom Fleck, und vor Schluß des ersten Verhandlungstages.

nachmittags erklärte der Vorsitzende resigniert, er habe das Gefühl, selten so herzhaft angelogen worden zu sein wie diesmal. Unden hatte die gestern fortgesetzte Verhandlung von vornherein ein anderes Tempo, und verschiedene Dinge, die vorhin schärfere Umrisse, das war vor allem der Aussage eines Inspektors vom Bahnpostamt zu danken, der an Hand der eingegangenen Reklamationen die vermutliche Anzahl der von H. begangenen Diebstähle auf etwa 100 ziemlich fest umgrenzen konnte. Schätzungsweise waren dabei dem Dieb 20 meist geringere Kleidungsstücke in die Hände gefallen, die von seiner Frau teils selbst gebracht, zum Teil an die Frau Marie R. veräußert wurden. Die erbeuteten Zigaretten waren wohl nur zu einem kleinen Teil verkauft, die meisten ebenso wie auch Lebensmittel von H. bzw. in dessen Haushalt verbraucht worden.

Das Urteil lautete: gegen den Postschaffner Edmund Herian wegen fortgesetzten Diebstahls in Verbindung mit Gewahrsamsbruch auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen seine Frau wegen Hehlerei auf 4 Monate und gegen Frau Marie R. die bereits einschlägig vorbestraft ist, wegen desselben Delikts auf 1 Jahr 3 Monate. Bei H. wurde die Frage nach schwerem Diebstahl vorinst, weil ihm nicht nachzuweisen war, daß er Pakete geöffnet hatte. Bei Frau R., die ungefähr 6 Kleider von H. bezogen hatte, brauchte bei der Geringfügigkeit des Objekts zu ihrem Glück keine gewerbliche oder gewohnheitsmäßige Hehlerei angenommen zu werden, so daß sie am Zuchthaus vorbeiging. Die gleichfalls wegen Hehlerei angeklagten Günther und Inge R. wurden freigesprochen. — In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt, daß die Strafe bei H. trotz einiger mildernder Umstände, die man ihm zubilligt habe, so bemessen worden sei, daß sie eine abschreckende Wirkung nicht verfehlen dürfte.

Deutsche Demokratie vom Ausland betrachtet

Der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Vereinigung der Deutschen in der Schweiz, Dr. Wolfgang Glaeser, Zürich, sprach bei der Demokratischen Volkspartei, Karlsruhe, über den Begriff der Demokratie, wobei er, der gebürtige Deutsche, recht interessante Vergleiche zwischen der Einstellung der Bevölkerung zur Demokratie in anderen Ländern — vorab der Schweiz — und in Deutschland zog.

Wenn beispielsweise die schweizer Demokratie sich ewig jung und wirksam erhalte, dann sei es durch die große politische Sachkenntnis der dortigen Bevölkerung, die in der Politik nichts anderes sehe, als die nüchterne und praktische Erledigung der Staats- und damit eigenen Belange, ohne daß dort jemand von Politik rede. Der deutsche Untertanengeist indes lehne es stets ab, sich über die Ursachen von Zuständen wirklich erschöpfend zu informieren, um zu einem objektiven Urteil zu gelangen, vielmehr neige man in weiten Kreisen nach dem „Starken Mann“ zu rufen. Dabei werde nirgendwo soviel von Demokratie geredet und geschrieben als gerade in Deutschland.

Als Folge der Erfahrungen in die demokratische Welt nunmehr mit Diktaturen

verschiedener Prägung gemacht habe, könne man von einer Renaissance des Liberalismus sprechen. „Was Ihr auch tut, stellt den Menschen in den Mittelpunkt Eurer Überlegungen und Taten“.

„Die hohe Route“

Die „Naturfreunde“ versammelten sich am 24. 11. im Studentenhause, wo Jak. Blaimert, München, seine zum Teil farbigen Vorträge der hohen Route vom St. Bernhard bis Zermatt vorführte. Von der eisigen Hochebene der Schweizer Alpen gütten die kühnen Bergstürmer wieder auf ihren Sitz in das frühlingshafte Tal, wo die ersten Anemonen, Märzbeeren und Berghyazinthen aus dem Schnee brachen. Nach den einsamen Eisgipfeln der alpinen Landschaft besenete Jakob Blaimert seinen Vortrag mit herrlichen Winterbildern aus Garmisch-Partenkirchen, wobei sich, wie er sagte, zur Zeit nur noch Skiläufer begehen dürfen, denn die mit großer Begeisterung skifahrenden amerikanischen Neger lägen wie schwarze Punkte auf den schneebedeckten Gipfeln. Die Geschicklichkeit, sie nicht unter die Bretter zu bekommen, etc.

Radio Stuttgart sendet:

Samstag, 27. November
 6.00 Morgenchoral, 7.00 Gymnastik, 8.45 Nachrichten, 9.00 Morgenandacht, 7.15 Morgenstunde hat Gold, 9.00 Appell an alle, 9.00 Klaviermusik, 9.15 Suchmaschinen, 9.45 Nachrichten, 10.00 Schulung, 10.30 Sendespiel, 11.15 Südliche Klänge, 10.00 Rundfunktheater aus der Ostzone, 11.40 Zwischenmusik, 12.00 Landfunk, 12.15 Musik zur Mittagsstunde, 12.45 Nachrichten, 13.00 Echo aus Baden, 13.15 Südliche Klänge, 14.00 Der Sport am Wochenende, 14.15 Unsere Volksmusik, 15.00 Wege naturwissenschaftlicher Forschung, 15.30 Klaviermusik, 16.00 Es ist Grau mit dem Strauß, 17.45 Nachrichten, 17.50 Die Anschlagliste, 18.00 Sendung aus England, 18.15 Mensch und Arbeit, 18.30 Bekannte Solisten, 18.45 Nachrichten, 19.30 Politik der Woche, 19.45 Nachrichten, 20.00 Bunter Abend, 22.00 Nachrichten, 22.15 Tanz in den Sonntags, 23.35 Nachrichten, 24.00 Sendeschluß.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst Kfhe
 Trocken, weitere Nachfröste. Vorhersage bis Samstag früh: Heiter oder leicht bewölkt. Höchsttemperaturen 3-5 Grad, Tiefsttemperaturen minus 1 bis minus 4 Grad. Schwache Luftbewegung.

Rheinwasserstände

23. Nov., Konstanz 268 (-2), Breisach 104 (-10), Kehl 157 (+4), Maxau 318 (-4), Mannheim 167 (-3), Caub 106 (-1).
 24. Nov., Konstanz 268 (+0), Breisach 97 (-7), Kehl 160 (+3), Maxau 321 (+3), Mannheim 168 (+1), Caub 102 (-4).
 25. Nov., Konstanz 267 (-1), Breisach 94 (-3), Kehl 153 (-7), Maxau 320 (-1), Mannheim 165 (-3), Caub 102 (+0).

Der Herr des Fünfecks

Krimiautoman von Peter Paul Bortram • Nachdruck Promothaus-Remas

Kurz danach entführte Danby Roger in ein Nebenzimmer, wo ein Buffet mit Getränken aufgestellt war. Das Aussehen des jungen Mannes war beunruhigend. Roger hatte den Eindruck, daß Danby zu viel getrunken hatte. Er sah Roger aus trüben, ungesunden Augen an, und die Hand, mit der er ihm ein Glas Wein reichte, zitterte. „Hier habe ich etwas Besonderes für Sie, Mr. Denison. Lalle der junge Mensch mit heiserer Stimme. „Sie sind doch Weinkenner.“

Eben als Roger freundlich dankend nach dem Glase greifen wollte, entglitt dies der Hand des Gastgebers und zerplatzt auf dem Fußboden.

„Verzeihen Sie!“ stammelte Danby, achtfahl im Gesicht, „ich — ich bin ein wenig —“

Roger bemühte sich Danby über seine Verlegenheit hinwegzuhelfen. „Schaden nichts“, bemerkte er, „Scherben bedeuten Glück.“

Diese banale Redewendung schien auf den jungen Mann eine tiefe Wirkung auszuüben. Er sah Roger dankbar an und lächelte, als sei er einer schweren Bürde ledig geworden.

„Ja“, wiederholte er, noch immer unsicher, „Scherben bringen —“

„Ein Diener kam auf Roger zu. „Mr. Denison, nicht wahr? Sie werden am Telefon verlanzt, Sir.“

Darauf führte der Diener ihn in einen eleganten Raum, auf dessen Schreibtisch, unmittelbar neben dem Telefon, eine Photographie Lydia Karobins stand. Offenbar war es das Arbeitszimmer des jungen Danby.

Der Anruf kam von Scotland Yard. Es war Inspektor Swaynes, mit dem Roger täglich zu bestimmten Zeiten eine telefonische Verbindung vereinbart hatte. Der Inspektor hatte wenig zu berichten, außer daß eine Bewegung unter den Arbeitslosen zugunsten der russischen Anleihe im Gange sei. Die Bewegung werde von bezahlten Agitatoren geschürt, über deren Drahtzieher jedoch noch nichts bekannt sei. Man habe indessen ein Auge auf die Leute und werde gegebenenfalls unter irgendeinem Vorwand zugreifen. Roger wollte sich eine Notiz machen, und suchte, die Hand am Hörer, mit der andern in Danbys Schreibmappe nach einem leeren Blatt Papier. Er fand schließlich eines, vermerkte die Angaben des Inspektors und hängte ab.

Er wollte eben das Blatt zusammenfalten, um es einzustecken, als er bemerkte, daß er sich getrennt hatte: es war nicht leer gewesen, sondern mit blasser, kaum wahrnehmbaren Schriftzügen beschrieben. Roger ging damit an die Lampe und erkannte alsbald die charakteristische stelle,

Roger wandte sich rasch um und sah in die grauen Augen der Russin, die ihn und Danby von der Schwelle zum Nebenzimmer aus beobachtet zu haben schien. Sie lächelte zwar, als sie auf Roger zutrat, aber ihre Blicke verrietten, daß sie alles eher als guter Laune war.

„Sind Sie da, Mr. Swaynes?“ fragte er. „Ja? Hier ist nochmals Denison.“

„Was gibt's? Brauchen Sie noch eine Auskunft?“

„Nein“, erwiderte Roger, „nur eine Bitte. Sehen Sie so gut und schicken sie mir morgen früh Prospektie einer Einbruchversicherungsgesellschaft.“

Zeltig am nächsten Morgen stand Roger vor dem Hause 11, Raven Row, einer jener düsternen, schabigen Mietskasernen der Spekulanten in den Nachkriegszeiten hatten erstanden lassen, um auf möglichst engem Raum möglichst viele Menschen zusammenzuföhren.

Auf sein Klopfen an einer Tür, auf der „Hausverwalter“ zu lesen stand, öffnete ihm ein Mann in Hemdsärmeln, dem er sich als Vertreter einer Versicherungsgesellschaft vorstellte. Er fragte nach neuen Mietern, die zu dem Abschluß einer Versicherung bewegen wollte.

„Neue Mieter?“ Der Mann in Hemdsärmeln kratzte sich den Kopf. „In den letzten zwei Monaten hatten wir nur einen und mit dem werden Sie kein Geschäft machen können. Es ist nicht bei ihm zu holen.“

„Einen Versuch möchte ich aber dennoch machen. Wie heißt der Mann?“

„Er hat einen ausländischen Namen, den ich mir nie merken kann. Warten Sie, — hier steht's“, fügte er eine Liste hervor-

offenbar verstellte Handschrift: „Neue Adresse 11 Raven Row, Eintragen!“

Ein Moment lang stand Roger unter dem Eindruck dieser Entdeckung verbittert und nachdenklich da. Dann griff er neuerdings zum Telefon und rief Inspektor Swaynes an.

„Sind Sie da, Mr. Swaynes?“ fragte er. „Ja? Hier ist nochmals Denison.“

„Was gibt's? Brauchen Sie noch eine Auskunft?“

„Nein“, erwiderte Roger, „nur eine Bitte. Sehen Sie so gut und schicken sie mir morgen früh Prospektie einer Einbruchversicherungsgesellschaft.“

Zeltig am nächsten Morgen stand Roger vor dem Hause 11, Raven Row, einer jener düsternen, schabigen Mietskasernen der Spekulanten in den Nachkriegszeiten hatten erstanden lassen, um auf möglichst engem Raum möglichst viele Menschen zusammenzuföhren.

Auf sein Klopfen an einer Tür, auf der „Hausverwalter“ zu lesen stand, öffnete ihm ein Mann in Hemdsärmeln, dem er sich als Vertreter einer Versicherungsgesellschaft vorstellte. Er fragte nach neuen Mietern, die zu dem Abschluß einer Versicherung bewegen wollte.

„Neue Mieter?“ Der Mann in Hemdsärmeln kratzte sich den Kopf. „In den letzten zwei Monaten hatten wir nur einen und mit dem werden Sie kein Geschäft machen können. Es ist nicht bei ihm zu holen.“

„Einen Versuch möchte ich aber dennoch machen. Wie heißt der Mann?“

„Er hat einen ausländischen Namen, den ich mir nie merken kann. Warten Sie, — hier steht's“, fügte er eine Liste hervor-

hend, hinzu. „Locatelli, Professor, Hinterhaus, drei Treppen, Tür 23. Wenn ich nicht irre kommt er da eben über den Hof.“

Der Verwalter deutete durchs Fenster in den Hof hinaus, über den eben ein mittelgroßer älterer Mann mit rötlichem, struppigem Vollbart in abgeschabter Kleidung dem Ausgang zuschritt.

Roger wart ebenfalls einen Blick aus dem Fenster, jedoch aus vorsichtiger Entfernung, damit er von außen nicht gesehen werden konnte. „Sie haben recht“, sagte er, „der Mann sieht tatsächlich nicht aus, als ob er viel zu versichern hätte.“

Gleich darauf ertönte die Klingel zur Verwalterwohnung. Der Verwalter stand auf und ging zur Außentür. Roger hörte ihn im Hausflur mit jemanden einige Worte wechseln, ohne sie verstehen zu können.

„Sie haben kein Glück mit dem Professor“, sagte der Verwalter, als er zurückkehrte, „er vertritt für einige Tage, wie er mir eben sagte. Gehen Sie lieber zu den Johnstons, die neben dem Italiener wohnen. Es sind ordentliche Leute, der Mann hat ein Wäschegeschäft hier in der Nähe, da haben Sie mehr Aussicht.“

Als Roger kurz danach die Treppe im Hinterhaus emporstieg, war er tief in Gedanken versunken. Die letzten Minuten hatten ihm eine erstaunliche Entdeckung gebracht: Professor Locatelli war der geheimnisvolle „Herr des Fünfecks“!

In der angegebenen Wohnung traf Roger nur Frau Johnston an. Sie erwies sich als eine freundliche, gesprächige Dame und bekundete volles Interesse für den von ihm angegebenen Zweck seines Kommens.

„Treten Sie nur näher“, sagte sie mit einer einladenden Handbewegung. „Ich rede meinem Mann schon lange zu seinen Läden versichern zu lassen — wir haben nämlich ein Wäschegeschäft, müssen Sie wissen, aber er war bisher zu bequem dazu. Er ist zwar augenblicklich nicht zu Hause, muß aber gleich kommen, denn es ist Zeit zum zweiten Frühstück, und da stellt er sich immer pünktlich ein.“

Frau Johnston führte ihren Besucher in ihr kleines Wohnzimmer und forderte ihn auf, Platz zu nehmen. Roger brauchte sich nicht zu bemühen, ein Gespräch in Gang zu bringen. Frau Johnston besorgte dies in so augenscheinlicher Weise, daß er kaum oder nur zuweilen ein Wort einwerfen konnte. Trotzdem gelang es ihm, durch geschickt eingestreute Zwischenbemerkungen, nach dem sich ihr Redefuß in Klagen über die Mühseligkeiten denen eine Hausfrau heute ausgesetzt sei einigermassen erschöpft hatte, das Gespräch auf ihre Nachbarn im allgemeinen und den unmittelbar nebenan wohnenden im besonderen zu lenken.

„Zu dem italienischen Professor wollten Sie“, sagte sie, als Roger eine Andeutung in dieser Richtung fallen ließ, die Mühe können Sie sich sparen. Der Mann ist ein alter Sauerkopf, der mit keinem Menschen ein freundliches Wort redet. Zudem hat er nichts, was einen Einbrecher reizen könnte. Ein paar alte Möbelstücke — ich hab sie selbst gesehen, als die Ziehleute sie brachten — schämen würden ich mich damit runzuziehen. — Außerdem hat er keinen guten Charakter: einem Menschen der gegen harmlose Kinder so grob ist, traue ich nicht über den Weg.“

(Fortsetzung folgt)

Clivia / Neuinszenierung im Badischen Staatstheater

Gute Operettenszene an Theatern wie der Bad. Staatsbühne...

intuitiv je nach Atmosphäre gestaltet. Sie versetzt es immer wieder, ihr Publikum...

„Das Lied von Bernadette“

Heute läuft im Gloria „Das Lied von Bernadette“, ein Film der „20th Century Fox“...

Stunden und vierzig Minuten dauernden Films. „Das Lied von Bernadette“ wurde Ende 1943 fertiggestellt...



Jennifer Jones, die Hauptdarstellerin im Film „Das Lied von Bernadette“, der ab heute im „Gloria“ läuft (Foto: MPEA/20th Century Fox)

Öffentlichkeit rücken könnte. Ihn beunruhigt der Glaube...

diesem Zweck wurde oberhalb des „Flußlaufs“ ein Reservoir mit einem Fassungsvermögen von 330 000 l...

Tag der Kurzoper in Heidelberg

Das Heidelberger Stadttheater (Intendant Koehler-Heilrich) führte seinen vor einiger Zeit begonnenen...

darstellerisch wie gesanglich reife Leistungen boten. Selbst das traditionsgebundene Heidelberger Publikum verfolgte mit Interesse...

Familien-Nachrichten

Fritz Müller, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater...

Die KURBEL

Sonntag, 10.30 Uhr: Matinee „Geheimnis d. Tierschöpfung“

Der Herr Kanzleirat

Ein zweifelhafter Schwanke mit HANS MÖRER, Suzanne v. Almásy, R. O. S. Er. Imhof...

Blüthner Klavier

sehr gut erh., gegen Barzahlung, Empfang, preisw., zu verkaufen...

Veranstaltungen

GLORIA AM RONDELPLATZ-RUF 8922. Heute Programmwechsel! Ein weltberühmtes Buch Ein Weltwunder im Film!

KURT MAX RICHTER?

Elektronenrohr, fabrikneu, 3 PS u. 7,5 PS, 220/360 V, geg. Höchstgebot, gaselb...

Gold u. Silber

Wir kaufen wieder geg. bar Goldschmuck, Münzen, Silber...

Über 100 Jahre alte Möbel

(Gemälde, Porzellan) zu kaufen gesucht

RHEINGOLD SKALA

Rheinststraße 77, Ruf 8283. V. 26. 11.—2. 12. 48. Wo. 15, 17.30, 20, So. 13.15, 15.30, 17.45 u. 20.00 Uhr.

„Der Glöckner von Notre Dame“

mit Charles Laughton, Maureen O'Hara u. a. m.

Einmaliges Angebot!

MATRATZEN 3 teil, mit Keil, Seegrasfüllung mit Woll-Abdeckung...

Goldrahmen

Kunstmaler sucht altmodische, reich verzierte Goldrahmen...

Käutner-Film uraufgeführt

Der von Helmut Käutner inszenierte Camera-Film „Der Apfel ist ab“ wurde im Waterloo-Theater in Hamburg uraufgeführt...

Dänischer Komponist in Karlsruhe Der dänische Komponist Gunnar Berg (Kopenhagen) sprach in Karlsruhe...

„Der Herr Kanzleirat“

Es ist die deutsche Uraufführung dieses bewundernswürdigen Nachkriegsfilms, der heute in der Kurbel anlauft...

Vom Rippurper Kulturgeschehen

Der 4. Abend der Kulturgeschehen Rippurper Künstler und Kunstfreunde boten...

Stipendien für musikalische Ausbildung

Das Münzische Konservatorium bezieht im kommenden Jahre die Feier seines 50-jährigen Bestehens...

Kulturnotizen

Professor Gustav Radbruch wurde kürzlich aus Anlaß seines 70. Geburtstages von den Philosophischen Fakultäten der Universität Heidelberg...